

Postulat Fraktion GFL/EVP (Nadia Omar, GFL): Abfalltrennung auch im öffentlichen Raum

Die Kosten der bernischen Abfallentsorgung sind unter anderem sehr hoch, weil in den Abfallgebühren und den Grundpreisen die Strassenreinigung mit abgegolten wird. Viele der Rohstoffe, die im Abfall enden, wären aber weiterverwertbar und die Abfallentsorgung kann mit dem Weiterverkauf von Rohstoffen auch gute Gewinne erzielen. Im öffentlichen Raum gibt es für den „Alltagsabfall“ der unterwegs anfällt und (die Abfallsünder ausgenommen) in öffentlichen Abfallkübeln entsorgt wird, noch keine Möglichkeit, die Rohstoffe zu trennen. Dabei sind laut einer Studie zum Abfall, der in öffentlichen Abfalleimern entsorgt wird, ein grosser Teil der Abfälle wieder verwertbar.

In den Abfalleimern landen nämlich Papier, Pet, Aludosen, diverse Sorten Plastik, Grünabfälle und vieles mehr. Diese Abfälle werden aus Kosten- und auch aus Sicherheitsgründen von der Strassenreinigung nicht nachträglich getrennt.

Aus Deutschland sind die Abfalleimer mit mehreren Einwurflöchern bekannt, bei denen jeder einzelne direkt seinen Abfall trennen kann. Somit können die Rohstoffe nachher wieder verwertet werden.

Da in Bern, oder sicher in der Innenstadt, der Platz fehlt, um Eimer für unterschiedliche Arten von Abfall aufzustellen, müssten neue Abfalleimer mit unterschiedlichen Einwurflöchern zur Verfügung gestellt werden, die eine direkte Trennung der Abfälle ermöglichen würden.

Wir fordern daher den Gemeinderat auf

1. einen Pilotversuch zu starten mit 5 Abfalleimern mit wenigstens 4 verschiedenen Einwurflöchern (eines für Papier, eines für Pet, eines für Grünabfälle oder für Alu und eines für Restabfälle) an exponierten Lagen in der Innenstadt
2. auszuwerten, wie gut die Abfälle getrennt wurden, um abzuschätzen, ob die Rohstoffe auch weiterverwendet werden können. Ebenso soll auch der zusätzliche Aufwand, der sich daraus für die Strassenreinigung ergibt, ausgewiesen werden.

Bern, 22. November 2007

Postulat Faktion GFL/EVP (Nadia Omar, GFL), Anna Magdalena Linder, Barbara Streit-Stettler, Martin Trachsel, Rania Bahnan Buechi, Conradin Conzetti, Susanne Elsener, Peter Künzler, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner, Ueli Stückelberger

Antwort des Gemeinderats

Die Stadt Bern bietet auf dem gesamten Stadtgebiet über 1 300 Abfallkübel unterschiedlicher Grösse an, deren 350 alleine in der Innenstadt. Diese Abfallkübel sind heute alle so beschaffen, dass eine Abfalltrennung durch die Benutzerinnen und Benutzer nicht möglich ist. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Abfallkübel der Stadtgärtnerei sowie eigentlich auch für alle privaten Abfalleimer. Ausnahmen sind die Quartierentsorgungsstellen und die Entsorgungshöfe der Abfallentsorgung. Dort kann direkt Abfall getrennt werden.

Die gesamte Logistikkette der Strassenreinigung ist darauf ausgerichtet, die mehr als 1 300 Abfalleimer punkto Kosten und Zeitaufwand möglichst effizient zu leeren. Diese Logistikkette beginnt bei den Abfalleimern, führt weiter über die zu deren Leerung benötigten Transportfahrzeuge – alleine im Perimeter der Innenstadt sind praktisch ständig zwei Fahrzeuge mit dieser Aufgabe beschäftigt – bis zur Zwischenlagerung in so genannten Pressmulden an den verschiedenen Stützpunkten der Strassenreinigung. Von dort aus werden die Pressmulden durch Transportunternehmer in die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) gebracht; dabei muss die Mulde in der Innenstadt heute schon mindestens dreimal wöchentlich geleert werden.

Damit das an sich durchaus berechtigte und bedenkenswerte Anliegen des vorliegenden Postulats erfüllt werden könnte, müsste die beschriebene Kette technisch vervierfacht werden. Dies ist nicht nur aus Kostengründen, sondern vor allem wegen der besonders im Innenstadtbereich extrem knappen Platzverhältnisse nicht realisierbar. Auch der im Vorstoss vorgeschlagene Pilotversuch würde logistisch eine Vervierfachung dieser Entsorgungsketten erfordern. Nach Ansicht des Gemeinderats wäre der technische und finanzielle Aufwand dafür nicht zu verantworten.

Die Erfahrung zeigt zudem, dass Abfälle im öffentlichen Raum in aller Regel nicht getrennt entsorgt, sondern bei der nächstmöglichen Gelegenheit deponiert werden. Diese Erfahrung machte man in der Stadt Bern beispielsweise vor der Einführung der Mehrwegpflicht bei Veranstaltungen, an denen PET-Container aufgestellt wurden. Ebenso oft werden die Robidog-Sammelbehälter als Abfalleimer missbraucht und enthalten die Abfalleimer der Stadt Bern im Durchschnitt gut 50 Prozent illegal entsorgten Haushaltkehricht. Dieser Abfall wird in so genannten „weissen Säcklein“ komplett gemischt in die Abfalleimer geworfen und könnte folglich im vorgeschlagenen Versuchsbetrieb nicht getrennt werden. Vor diesem Hintergrund empfiehlt beispielsweise PET-Recycling Schweiz grundsätzlich, dass nur der Handel PET-Flaschen zurücknehmen soll. Von unbedienten Sammelstellen wird hingegen abgeraten, da der hohe Fremdstoffanteil erfahrungsgemäss eine aufwändige Nachsortierung erfordert, die nicht kostendeckend ist.

Ähnliche Erfahrungen werden im Übrigen auch in Deutschland gemacht, wo zwecks Trennung des Abfalls Eimer mit mehreren Einwurflöchern verwendet werden. Das dort angewendete System mit der unbedienten getrennten Entsorgung ist ökonomisch nur deshalb vertretbar, weil die Kosten über eine vorgezogene Entsorgungsgebühr für Einwegverpackungen gedeckt werden können (vgl. dazu www.gruenerpunkt.de).

Aus den dargelegten Gründen lehnt der Gemeinderat die Durchführung eines Versuchsbetriebs, wie er im Postulat angeregt wird, ab. Er verspricht sich mehr davon, seine Anstrengungen zum Beispiel auf die soeben lancierte Präventions- und Sensibilisierungskampagne „Subers Bärn – zäme geit's!“ zu konzentrieren. Sie hat unter anderem zum Ziel, die Selbstverantwortung von Bevölkerung und Gewerbe zu stärken. Konkret soll beispielsweise erreicht werden, dass Abfälle möglichst vermieden, in den Entsorgungsstellen der Abfallentsorgung oder des Detailhandels getrennt entsorgt oder - wenn dies nicht möglich ist - in die dafür vorgesehen Abfalleimer geworfen werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen der Stadt Bern

Sofern ein Pilotversuch – wie im Postulat angeregt – technisch und logistisch überhaupt durchführbar wäre, so würden bereits für einen solchen Versuchsbetrieb erhebliche Investitionen anfallen: einerseits für die zu beschaffenden Spezial-Abfalleimer, andererseits für (zusätzliche oder eigens umgerüstete) Fahrzeuge, mit denen der Abfall auch getrennt abtransportiert werden könnte. Beim Personal würde ein Mehraufwand entstehen, weil einerseits zusätzliche Arbeit zu leisten wäre und andererseits zur Bedienung der Pilot-Abfalleimer auch eine spezielle Tourenplanung erforderlich würde.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 12. März 2008

Der Gemeinderat